

Anlage 3

Auszug aus dem Protokoll vom 09.02.2022 - ULV

TOP 6	Stärkung Klimaschutzmanagement; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2022
-------	---

2022/0605

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 28.07.2021, TOP 7

Sachvortragende(r):

Dr. Lisa Rütgers, Klimaschutzmanagerin des Landratsamtes

Dr. Lisa Rütgers, Klimaschutzmanagerin des Landratsamtes, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll) und geht dabei auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2022 zur Stärkung des Klimaschutzmanagements ein.

Der Landrat erteilt der Antragstellerin, KRin Waltraud Gruber, das Wort.

KRin Waltraud Gruber regt mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, sich rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsdebatte über die Stärkung des Klimaschutzmanagements innerhalb des Gremiums auszutauschen. Zur Festlegung des Budgets müsse über Projekte und Zielvorstellungen sowie über eine mögliche personelle Aufstockung nebst deren staatlicher Förderung beraten werden. Der Bedarf der Schaffung einer neuen Stelle als Klimaschutzmanager zur Unterstützung der Gemeinden sei mit den Gemeinden, auch aufgrund deren finanzieller Beteiligung durch die Kreisumlage, abzustimmen.

Der Landrat berichtet aus den Eindrücken der letzten Bürgermeisterdienstbesprechung, wonach es sehr unterschiedliche Bedarfe der Gemeinden im Hinblick auf einen zusätzlichen Klimaschutzmanager gebe. In der Energieagentur gebe es einen Klimaschutzmanager, den die Gemeinden bei Bedarf und auf Rechnung in Anspruch nehmen können. Der Landrat selbst würde dieses Modell bevorzugen und schlägt daher vor, die für die Gemeinden angedachte Stelle im Beschlussvorschlag zu streichen. Diese Tendenz habe sich auch innerhalb der dazu geführten Diskussion in der Bürgermeisterdienstbesprechung widerspiegelt.

Hinsichtlich der Schaffung drei neuer Stellen im Bereich des Klimaschutzmanagements weist KR Alexander Müller ausdrücklich auf das Haushaltsrecht der öffentlichen Hand hin, wonach eine Stellenbeschreibung und –bewertung erforderlich sei. Eine pauschale Dotierung der Stellen i.H.v. jeweils 1 Mio.€ ohne detaillierte Betrachtung sei nicht vertretbar. Auch müsse, zur Vermeidung von Parallelstrukturen, grundsätzlich über die Rolle des Klimaschutzmanagers sowie der Energieagentur und des Eberwerks im operative Bereich diskutiert werden. Zusätzliche Stellen seien ohnehin nicht erforderlich, der Fokus müsse auf den operativen Bereich gelegt werden.

KRin Bianka Poschenrieder empfindet es als überaus wichtig, konsequent im Bereich des Klimaschutzes zu handeln, die Nutzung erneuerbaren Energien zu forcieren sowie die Effizienz steigern. Hierfür sei die Bereitstellung von Ressourcen erforderlich und Dr. Lisa Rütgers habe dazu einen möglichen Lösungsansatz vorgestellt. Die SPD-Fraktion sehe die Verwaltung in der Verantwortung, zu handeln und bitte dahingehend einen realisierbaren Alternativvorschlag zu unterbreiten. KRin Bianka Poschenrieder verliest den Antrag der SPD-Fraktion und beantragt über diesen abzustimmen: *„Die Verwaltung soll alternativ in Zusammenarbeit mit der Energieagentur bis zur nächsten ULV-Sitzung einen realistischen Vorschlag ausarbeiten, wie es ohne die geforderten Haushaltsmittel i.H.v. 3 Mio.€ und*

weiteren drei Mitarbeitern gelingt das Klimaziel bis 2030, frei von fossilen und endlichen Energieträgern zu sein, noch zu erreichen.“

KR Josef Oswald erläutert, dass die Grundvoraussetzung zur Schaffung einer Stelle eine Stellenbeschreibung sei. Andernfalls könne über derartige Vorschläge nicht beschlossen werden. Eine weitere personelle Aufstockung innerhalb des Landratsamtes unterstütze insbesondere die kleinen Kommunen nicht. Die damit verbundenen Ausgaben in Form der Kreisumlage würden eher zu einem Personalmangel der Kommunen führen und damit deren Wirken blockieren.

Der Landkreis sei im Bereich des Klimaschutzes bereits seit vielen Jahren intensiv und erfolgreich tätig und der Kreistag habe sehr viel Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, so KR Martin Lechner. Zusätzliche Investitionen in diesem Bereich auf Kreisebene würden zu einem finanziellen Defizit der Gemeinden und dadurch teilweise zu enormen finanziellen Schwierigkeiten führen. Zumal sei die für den Klimaschutz notwendige administrative Infrastruktur bereits gegeben und eine weitere personelle Aufstockung nicht erforderlich sei. Vielmehr sei nun die Umsetzung konkreter Projekte prioritär.

Dr. Lisa Rütgers betont die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Stellen im Bereich des Klimaschutzmanagements, die der Umsetzung weiterer Projekte dienen und sich damit positiv auf die Erreichung des landkreiseigenen Klimaziels auswirken würden. Sie berichtet, neben ihrer strategischen Arbeit, über ihre Umsetzung vieler Projekte (z. B. die Informationskampagne), teilweise auch in alleiniger Bearbeitung aufgrund völliger Überlastung der Energieagentur. Dr. Lisa Rütgers sieht daher dringenden Handlungsbedarf, vor allem auch um das Klimaziel zu erreichen. Ihr vorgeschlagenes Konzept stelle eine Möglichkeit dar.

Der Landrat äußert Verständnis über die angespannte Situation in manchen Gemeinden, gibt jedoch auch kritisch zu bedenken, dass die personelle Ausstattung des Klimaschutzmanagements im Landkreis Ebersberg mit einer Person im Vergleich zu anderen Landkreisen spärlich sei. Er selbst empfinde den Beschlussvorschlag der Finanzmanagerin als guten Lösungsansatz und gangbaren Weg. Es müsse ein, sowohl für den Landkreis als auch für die Kommunen, geordneter Mittelweg gefunden werden, so der Landrat.

Nach Ansicht von KR Manfred Schmidt fehle dem Beschlussvorschlag der Klimaschutzmanagerin die erforderliche Sensibilität für die Kreisfinanzen. Die personelle Aufstockung im Bereich des Klimaschutzmanagements würde für die Gemeinden eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen. Hier müsse auch an das Gemeindewohl gedacht werden. Prioritär seien ohnehin konkrete Projekte zum Klimaschutz (z. B. Moorrenaturierung, Geothermie).

KRin Waltraud Gruber betont den dringenden Handlungsbedarf im Bereich des Klimaschutzes, andernfalls könne das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 nicht erreicht werden. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen solle dabei lediglich dem Anstoß zu Überlegungen dienen, in welcher Art und Weise eine Personalaufstockung ermöglicht werden könnte und fordere nicht die Schaffung drei konkreter Stellen. Die derzeitige Besetzung des Klimaschutzmanagements mit einer Person sei, unter Betrachtung der Größe des Landratsamtes und der damit einhergehenden Aufgabenvielfalt der Klimaschutzmanagerin, zu gering. Über die Höhe der Bereitstellung des erforderlichen

Budgets müsse im Vorfeld der Eckwerteberatungen eine Einigung innerhalb des Gremiums stattfinden. Insoweit teile sie daher eher den Vorschlag der Finanzmanagerin.

KR Thomas von Sarnowski spricht sich für die drei vorgeschlagenen Planstellen aus, die zudem staatlich gefördert werden. Klimaschutz beinhalte auch viel Organisationsarbeit, die wichtig sei und ermöglicht werden müsse.

KRin Bianka Poschenrieder informiert, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion zurückziehen werde, wenn die Erarbeitung eines groben Umsetzungskonzeptes bis zur kommenden Sitzung des ULV-Ausschusses erfolgen würde, sodass das Gremium die Thematik bis zur Eckwerteberatung abschließend besprechen könnte.

Der Landrat stimmt dem Vorschlag der KRin Bianka Poschenrieder zu. Aufgrund der Notwendigkeit einer intensiven Vorbereitung sowie der Erarbeitung des Grobkonzepts, schlägt er als Termin jedoch die übernächste Sitzung des ULV-Ausschusses am 18.05.2022 vor. Er lässt den Beschlussvorschlag entsprechend ändern. KRin Bianka Poschenrieder ist einverstanden und zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück. Anschließend folgt eine umfassende Diskussion über die Ergänzung und Umformulierung des Beschlussvorschlages, die der Landrat ebenso aufnimmt. Er stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Bis zur ULV-Sitzung am 18.05.2022 sind von der Klimaschutzmanagerin im Austausch mit der Energieagentur Vorschläge zu erarbeiten, in welchen Budgets für welche Maßnahmen welche Beträge zur Verfügung gestellt werden sollen, damit sich der Kreis- und Strategieausschuss vorberatend für die Beschlussfassung des Kreistags damit befassen kann.

Zu den angeforderten Stellen sind nähere Beschreibungen vorzulegen, aus denen messbare Ziele hervorgehen.



einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Anwesend 15